

Detlev v. Larcher

Weyhe, den 25. November 2008

Stellungnahme zur Causa Clement

Wolfgang Clement riet von der Wahl der hessischen SPD ab, weil er ihr gutes Energie- und Wirtschaftsprogramm verhindern wollte. Er wollte also Koch im Amt behalten für eine alte Politik. Dafür hat er nun „nur“ eine Rüge bekommen, die er umgehend nach dem Schiedsspruch als unangemessen bezeichnete.

Ich wollte mit meinem Aufruf: „Wer es gut meint mit der SPD, wählt diesmal Die Linke“ dass die hessische SPD in die Lage versetzt würde, ihre guten Politikansätze zu verwirklichen. Das wäre nur mit rot-rot-grün gegangen, d.h. wenn Die Linke in den hessischen Landtag einzöge. Dafür bin ich aus der SPD ausgeschlossen worden.

Um nur eine Rüge zu bekommen, hat Clement auf vielfältiges Drängen von ganz oben einen taktischen Kotau gemacht: Er erklärte der Schiedskommission: „Ich habe aus meiner Sicht nicht dazu aufgefordert, die SPD oder ihre demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter nicht zu wählen.“ (Genau das hat er aber eindeutig getan, was denn sonst? Damit hat er für Koch und die CDU Wahlwerbung betrieben und nachträglich ja auf Nachfrage bestätigt: „ich würde Frau Ypsilanti nicht wählen“ so in einem Interview) Für die Bundesschiedskommission erklärte er dann weiter, er wolle darauf achten, „dass solche Missverständnisse nicht mehr entstehen.“

Wenige Stunden nach dem Entgegenkommen der Schiedskommission versetzt er nun der SPD durch seinen Austritt einen Fußtritt. Seine wichtigsten früheren Mitspieler an der Spitze der SPD und der Kanzlerkandidat, die sich für seinen Verbleib in der Partei einsetzten, sind düpiert. Wolfgang Clement ging es schon lange nicht mehr um die SPD, sondern nur um Wolfgang Clement und sein interessengeleitetes Eintreten für die alte Energiepolitik.

Die Linke wird immer wichtiger, und es bleibt meine Überzeugung, dass sie bei Wahlen entscheidend gestärkt werden muss, um die SPD auf einen Kurs zu zwingen, der zu massiven öffentlichen und privaten Investitionen in eine Effizienzrevolution und zur notwendigen Energiewende und einer sozial gerechten Politik führt. Die krampfhaftige Weigerung der Parteiführung der SPD, mit Der Linken zusammen zu arbeiten war und ist falsch. Sie macht die SPD zum Juniorpartner in einer großen Koalition. Das stört allerdings die Parteispitze nicht, weil sie ja keine andere Politik machen will als die, die sie mit Gerhard Schröder konzipiert und durchgesetzt hat.

Nicht das Programm der hessischen SPD für eine neue Energiepolitik ist falsch, sondern die Ideologie des Lobbyisten der Energiewirtschaft Clement. Er wie seine ehemaligen neoliberalen Genossinnen und Genossen vermögen nicht einzusehen, dass die rot/grüne Politik der Deregulierung und des Sozialabbaus eine der Ursachen für die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise ist. Sie können offenbar nicht erkennen, dass es höchste Zeit für eine neue

Politik ist, damit die Menschheit nicht ihrer natürlichen Lebensgrundlagen endgültig beraubt wird.

Ein langfristiges Programm massiver Investitionen in Energieeffizienz und in neue, umweltverträgliche Energien könnte die Wirtschaft vor den Auswirkungen der desaströsen Finanzmarktkrise einigermaßen schützen.

Auf Dauer kann man nicht Geld mit Geld machen. Das lehrt die Finanzmarktkrise. Es muss neue Produkte und neue Unternehmungen geben, Produkte, die nicht von einer Marketingabteilung erdacht werden, um noch mehr Gewinne zu machen, sondern Produkte, die die Menschheit zum Überleben braucht, mit denen auf vernünftige Weise für neue Investitionen und für angemessene Löhne Gewinne gemacht werden können. Es geht also um eine neue Energiewirtschaft, um den ressourceneffizienten Umbau der Industrie, um Konsumgüter für eine nachhaltige Lebensweise, um den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, um die Rücknahme der Privatisierung von Einrichtungen des öffentlichen Bedarfs, um die Verhinderung weiterer Privatisierung (Bahn...), um den Abbau der massiven Ungleichgewichte, die durch den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus weltweit entstanden sind und um die Umverteilung von oben nach unten, um der sozialen Polarisierung zu wehren.

Nicht Finanzspritzen in alte Produkte und alte Industrien führen aus der neoliberalen Sackgasse heraus, in der sich die Welt befindet. Der Weg daraus kann nur ein neuer sein. Dafür braucht es eine linke, fortschrittliche Politik und eine breite öffentliche Bewegung, welche die Politik in die richtige Richtung drückt. Dafür braucht es die Demokratisierung aller Lebensbereiche, dafür braucht es Attac und andere fortschrittliche Akteure der Zivilgesellschaft.